

## 22. Steuerrechtliche Jahresarbeitsstagung Wiesbaden, vom 3. bis 5. Juni 1971

### Zum Stand der Steuerreform

Ministerialdirektor Dr. Karl Koch, Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Bonn

- I. Allgemeine Überlegungen zur Steuerreform
- II. Durchführung der Reform
- III. Grundsätzliche Fragen zum zweiten Steuerreformgesetz
  1. Probleme der Einkommenbesteuerung einschließlich der Lohnbesteuerung
  2. Gewinnermittlung
  3. Neuregelung der Körperschaftsteuer
  4. Die Vorschläge der Steuerreformkommission zur Änderung der Gewerbesteuer
  5. Vermögensteuer und Erbschaftsteuer
- IV. Schlussbemerkung

### „Zur Steuerreform“

Ministerialdirigent a. D., Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Instituts „Finanzen und Steuern“  
Dr. jur. Wilhelm Steinberg, Bonn

Korreferat zum Referat von Ministerialdirektor Dr. Koch

### Diskussion

Leiter der Diskussion:  
Ministerialdirigent a. D. DR. STEINBERG, Bonn

Teilnehmer der Diskussion:  
Ministerialdirektor DR. KOCH, BFM  
Ministerialrat DR. UELNER, BFM  
Ministerialrat DR. FISCHER, BWM  
Rechtsanwalt u. Steuerberater, Ministerialdirektor z. D. DR. VOGEL, Bonn-Bad Godesberg

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:  
Rechtsanwalt HALLERBACH, Bochum

- I. Zeitplan für das Gesetzgebungsverfahren betreffend die Steuerreformgesetze
- II. Bedeutung der Eckwerte
- III. Berücksichtigung der Geldwertminderung
- IV. Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit
- V. Erhöhung des Umsatzsteuersatzes

### Aktuelle Fragen des Außensteuerrechts, insbesondere das Steueroasengesetz

Dipl.-Kfm. Dr. jur. Horst Vogel, Rechtsanwalt und Steuerberater, Bonn

1. Berichtigung von Einkünften international verflochtener Unternehmen
  - a) Verhältnis des § 1 AuStG zum bisherigen innerstaatlichen Recht

- b) Nur Korrektur von Einkunfts-minderungen?
  - c) Der Begriff „nahe stehende Person“
  - d) Schätzung des Gewinns nach dem eingesetzten Kapital
2. Erweiterte Besteuerung inländischer Einkünfte nach Wegzug in niedrig besteuerte Gebiete
- a) Die „erweiterte beschränkte Steuerpflicht“
  - b) Verhältnis zu DBA
3. Besteuerung des Vermögenszuwachses aus wesentlichen Beteiligungen bei Wegzug in das Ausland
4. Beteiligungen an ausländischen Zwischengesellschaften
- a) Durchgriffgesetzgebung und DBA
  - b) Zusammenfassung der Gesellschafter für das Beherrschungsverhältnis
  - c) Aktive Wirtschaftstätigkeit
  - d) Niedrige Besteuerung
  - e) Holdinggesellschaften
  - f) Ermittlung des Hinzurechnungsbetrages; rückwirkende Anwendung?
5. Familienstiftungen
6. Ermittlung und Verfahren
- a) Mitwirkungspflicht des Steuerpflichtigen
  - b) Sachverhaltsaufklärung bei ausländischen Zwischengesellschaften
7. Ausgleich der steuerlichen Doppelbelastung bei Gewinnausschüttung ausländischer Tochtergesellschaften an ihre deutschen Muttergesellschaften; Steuererleichterungen bei Gewerbesteuer und der Vermögensteuer
8. Änderung der Reichsabgabenordnung

## Diskussion

Leiter der Diskussion:  
Prof. DR. FRIAUF

Teilnehmer der Diskussion:  
Ministerialdirektor DR. KOCH, BFM  
Ministerialrat DR. FISCHER, BWM  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. FLICK, Bonn  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. HEINING, Köln  
Rechtsanwalt und Steuerberater, Ministerialdirektor z. D. DR. VOGEL, Bonn-Bad Godesberg

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:  
Rechtsanwalt HALLERBACH, Bochum

- I. Zweifelsfragen zum Entwurf eines Steueroasengesetzes
  - 1. Allgemeine Anmerkungen zum Entwurf eines Steueroasengesetzes (StOAGE)
  - 2. Aufhebung der Eingruppierung als Entwicklungsland
  - 3. Ausgleich eines Verlustes aus der Veräußerung einer Beteiligung nach Wohnsitzverlagerung ins Ausland
  - 4. Zurechenbarkeit mittelbarer Beteiligungen
  - 5. Besteuerungen der Holdinggesellschaften
  - 6. Begriff der werbenden Tätigkeit
- II. Aktuelle Probleme des geltenden Außensteuerrechts

## **Aktuelle Verfassungsprobleme im Steuerrecht**

Professor Dr. Karl Heinrich Friauf, Universität Köln

- I. Einleitung
- II. Zum Problem der wirtschaftlichen Abgaben
- III. Steuergesetzgebung und Eigentumsgarantie
- IV. Steuergesetz und Geldwertstabilität
- V. Rückwirkende Steuergesetze
- VI. Fragen des allgemeinen Gleichheitssatzes

## **Aktuelles aus dem Ertragsteuerrecht**

Ministerialdirigent Dr. Leo Hübl, Bundesministerium der Wirtschaft und Finanzen, Bonn

- A. Einleitung
- B. Die Gesetzesvorlagen
  - I. Der Inhalt der Gesetzentwürfe
    1. Zweites Steueränderungsgesetz 1971
      - a) Die Bodengewinnbesteuerung
        - i Steuerpflicht der Bodengewinne
        - ii Verbesserung der Agrarstruktur
        - iii Änderung des 5 16 Abs. 4 EStG
      - b) Die Einschränkung von Sonderabschreibungen
      - c) Einschränkung der steuerlichen Vergünstigungen im Rahmen des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes
    2. Zonenrandförderungsgesetz
  - II. Steuerrechtliche Probleme im Zusammenhang mit den vorgesehenen Neuregelungen
    1. Besteuerung der Gewinne aus der Veräußerung von Grund und Boden
      - a) Wirksamwerden der Neuregelung
      - b) Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten
    2. Einschränkung der Sonderabschreibungen und ähnlicher steuerlicher Vergünstigungen
      - a) Rückwirkung der vorgeschlagenen Einschränkungen auf den 16./17. 12. 1970
      - b) Die betriebswirtschaftliche und steuerliche Bedeutung der Sonderabschreibungen
      - c) Die steuerrechtliche Stellung des Kommanditisten bei den Abschreibungsgesellschaften
        - i Gewinnerzielungsabsicht
        - ii Das unternehmerische Risiko
        - iii Die Beteiligung an den stillen Reserven
        - iv Das Gesamtbild der Verhältnisse
        - v Zusammenfassung
- C. Zweifelsfragen zu § 7a KStG
  - I. Voraussetzungen der Organschaft
    1. Finanzielle Eingliederung bei der Treuhanderschaft und beim Nießbrauch
      - a) Finanzielle Eingliederung und Treuhanderschaft
      - b) Eingliederung und Nießbrauch
    2. Zusammenfassung einer unmittelbaren und einer mittelbaren Beteiligung
    3. Wirtschaftliche Eingliederung und Holding
    4. Wirtschaftliche Eingliederung und Betriebsspaltung
    5. Veräußerung der Organbeteiligung
      - a) Der Mitternachtserlass
      - b) Veräußerung der Beteiligung während des Wirtschaftsjahres

## Diskussion

Leiter der Diskussion:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht ASSEYER, Bochum

Rechtsanwalt DR. WEIßE, Steuerreferent im DIHT, Bonn

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt HALLERBACH, Bochum

## Aktuelle Einkommensteuerfragen

Bundesrichter am Bundesfinanzhof Karl-Heinz Nissen, München

- I. Vorbemerkungen
- II. Familienpersonengesellschaften
  1. Allgemeines zur steuerlichen Anerkennung von Verträgen zwischen nahen Angehörigen
  2. Mitunternehmerschaften
  3. Stille Gesellschaften
  4. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und aus Kapitalvermögen
  5. Verteilung von § 7b-Abschreibungen
- III. Zu den Tarifvergünstigungen nach § 34 Abs. 1 und 3 EStG
  1. Entschädigungen nach § 24 Nr. 1 EStG i. V. m. § 34 Abs. 1 EStG
  2. § 34 Abs. 3 EStG
  3. Streik-Unterstützungen
- IV. Renten und dauernde Lasten
  1. Allgemeines zum Rentenbegriff
  2. Betriebliche Veräußerungs- und Versorgungsrenten
  3. Private Renten
  4. Unterhaltsberechtigte Personen
- V. Spekulationsgewinne
  1. Verfassungsmäßigkeit der Spekulationsgewinnbesteuerung
  2. Abgrenzung zum Gewerbebetrieb
  3. Verhältnis des § 23 zu § 17 EStG
  4. Berechnung der Fristen insbesondere bei Grundstücken
- VI. Kapitalerträge
  1. Zur Aufhebung der Kuponsteuer
  2. Inanspruchnahme des Haftenden
  3. Übernahme der Kapitalertragsteuer durch den Haftenden
  4. Fiktive Zinszahlung als Sonderausgabe

## Diskussion

Leiter der Diskussion:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. WARTNER, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt HALLERBACH, Bochum

- I. Bemerkungen zum BFH-Urteil vom 15. 10. 1970 (BStBl 1971 II S. 262) zur Angemessenheit von Gewinnbeteiligungen minderjähriger Gesellschafter einer Familiengesellschaft
- II. Steuerliche Auswirkungen der schwebenden Unwirksamkeit eines der vormundschaftlichen Genehmigungen bedürftigen Vertrages
- III. Atypische stille Beteiligung ohne Beteiligung an den stillen Reserven?

- IV. Steuerliche Anerkennung der Schenkung einer atypischen Unterbeteiligung an einer oHG-Beteiligung
- V. Wirkung eines Rückübertragungsrechts bei Erwerb aller Gesellschafts- oder Mitunternehmeranteile durch Erbfolge oder Schenkung
- VI. Inanspruchnahme von Sonderabschreibungen durch Gesellschafter einer Personengesellschaft
- VII. Umdeutung eines Arbeitnehmerverhältnisses in eine Mitunternehmerschaft bei Familienunternehmen
- VIII. Auswirkungen der Klagemöglichkeit gem. §323 ZPO auf Renten
- IX. Betriebliche Versorgungsrente für die Witwe eines Mitunternehmers
- X. Vermögensübertragung unter Vorbehalt des Nießbrauchs vom Vater auf die Kinder
- XI. Abfindungen wegen Entlassung aus einem Dienstverhältnis

### **Konzernsteuerliche Fragen**

Dr. Hans-Peter Reuter, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht, Berlin

- 1. Torso des gewerbesteuerlichen Schachtelprivilegs
  - a) Vorbemerkungen
  - b) Mindestbeteiligung
  - c) Mindestbesitzdauer
  - d) Auslandsbeteiligungen
  - e) Würdigung
- 2. Allgemeine Überlegungen zum Schachtelprivileg über die Grenze
  - a) Vorbemerkungen
  - b) Die Lücken des DBA-Schachtelprivilegs
  - c) Die theoretischen Vorteile der Betriebsstätte
  - d) Die ausländische Beteiligungsholding als Folge des fehlenden Schachtelprivilegs
  - e) Zusammenfassende Würdigung
- 3. Joint Ventures und einige ihrer Probleme
  - a) Vorbemerkungen
  - b) Die Wahl der Rechtsform
  - c) Die Gestaltung der Beziehungen
  - d) Zusammenfassende Würdigung
- 4. Wenig genutzte Gewinnpoolungsverträge
  - a) Vorbemerkungen
  - b) Zivilrechtliche Vorschriften
  - c) Steuerliche Behandlung
  - d) Gewinnpoolungen zwischen verbundenen Unternehmen
  - e) Gewinnpoolungen über die Grenze
  - f) Zusammenfassende Würdigung

## Diskussion

Leiter der Diskussion:

Ministerialrat DR. LUDWIG SCHMIDT, Bayr. Staatsm. d. Finanzen, München

Mitwirkende:

Ministerialdirigent DR. LEO HÜBL, BWFM Bonn

DR. JUR. PITT SCHWENDLER, Wuppertal

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt HALLERBACH, Bochum

1. Allgemeine Ausführungen zum Vortrag Reuter
2. Ertragsteuerliche Belastung der Joint Ventures in Form einer Personengesellschaft bei ausländischer Beteiligung
3. Zulässigkeit der Gewinn- und Kostenpoolung bei international tätigen Steuerpflichtigen
4. Anwendung der gewerbesteuerlichen Kürzungsvorschriften bei Beteiligung einer inländischen an einer ausländischen Personengesellschaft

„Resümee der praktischen Erfahrungen mit dem Umwandlungssteuergesetz 1969 und Ausblick auf die Auswirkungen der geplanten Körperschaftsteuerreform auf das UmwStG“

Rechtsanwalt Dr. jur. Dr. oec. publ. Gerold Loos, Fachanwalt für Steuerrecht, Schweinfurt

### I. Allgemeine Würdigung des Gesetzes

1. Die wichtigsten gesetzepolitischen „Geburtsfehler“
  - a) 1/3-Steuersatz für Übernahmegewinn zu hoch
  - b) § 24 UmwStG
  - c) Reservenverdoppelung bei Einbringung in Kapitalgesellschaften
  - d) Beschränkung auf Betriebseinbringung
  - e) Verquickung Mitbestimmung — Steuerrecht
2. Auswirkung der geplanten Körperschaftsteuerreform auf das Umwandlungssteuergesetz
  - a) Allgemeines
  - b) Umwandlung von Kapitalgesellschaften
  - c) Einbringung von Betrieben usw. in Kapitalgesellschaften
  - d) Konsequenzen

### II. Bewährung der gesetzestechnischen Fassung

### III. Umwandlung von Kapitalgesellschaften

1. Handelsrechtliche Zulässigkeit der Umwandlung auf doppelstöckige GmbH und Co. KG
2. Handelsrechtliche Zulässigkeit der Umwandlung auf Treuhänder einer Kapitalgesellschaft
3. Umwandlung auf Kapitalgesellschaft mit stillem Gesellschafter
4. Steuerliche Folgen mangelhafter Umwandlung
5. § 6 StAnpG bei vorübergehender Bestellung von Treuhändern
6. Handelsrechtliche Wege der Überführung der GmbH in eine GmbH & Co. KG
7. Sicherstellung i. S. des § 4 UmwStG
8. Analogie zuungunsten (§ 7 UmwStG)
9. Tatsächliche Anschaffungskosten i. S. des § 8 UmwStG
10. Gesellschafterwechsel der Übernehmerin nach dem Umwandlungsstichtag
11. Verlustrealisierung bei wesentlicher Beteiligung
12. § 24 UmwStG

### IV. Verschmelzung

1. Verschmelzung von GmbH's
2. Mischfallregelung auch für reine Verschmelzung

- V. Einbringung in Kapitalgesellschaften
  - 1. Zurückbehaltung von Sonderbetriebsvermögen
  - 2. Einbringung durch die Gesamthand
  - 3. Einbringung stiller Gesellschaft in Kapitalgesellschaft
  - 4. Einbringung von Pensionsverbindlichkeiten
  - 5. Einbringung, wenn Buchwerte unter Nominalbetrag der Anteile, Ausweidlösung
  - 6. Gleichmäßige oder selektive Aufstockung?
  - 7. Geschäftswert bei Einbringung
  - 8. „Andere Wirtschaftsgüter“ von Dritten
  - 9. Status der einbringungsgeborenen Anteile
  - 10. Gewinnrealisierung bei Kapitalerhöhung nach Einbringung
  - 11. Ausnutzung des UmwStG für Geldanlagen
  - 12. Missbrauchsklausel in § 29 UmwStG und bei der Grunderwerbsteuerbefreiung
- VI. Einbringung in Personengesellschaften
  - 1. Negative Ergänzungsbilanzen
  - 2. § 26 Abs. 3 UmwStG
  - 3. § 29 UmwStG — GmbH und Co. KG

## Diskussion

Leiter der Diskussion  
Ministerialdirigent DR. LEO HÜBL, BWFM Bonn

Mitwirkender:  
Ministerialrat DR. SCHMIDT, Bay. Staatsministerium d. Finanzen

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:  
Rechtsanwalt HALLERBACH, Bochum

- I. Ausgleich eines Verlustes durch Teilaufstockung der Buchwerte bei aktienrechtlicher Verschmelzung
- II. Verschmelzende Umwandlung von Gesellschaften mbH
- III. Auswirkungen der Umwandlung einer GmbH in eine Personengesellschaft auf Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
- IV. Passivierung von Pensionszusagen bei Umwandlung einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft
- V. Steuerliche Auswirkungen nachträglicher Beratungshonorare für eine umgewandelte Personengesellschaft
- VI. Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter in eine GmbH & Co. KG gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten

## Einzelfragen der Erbschaftsteuer und der Verkehrsteuern, besonders der Gesellschaftsteuer, in methodischer Sicht

Bundesrichter am Bundesfinanzhof Dr. Heinrich Sigloch, München

- I. Methodische Grundlagen
  - 1. Auslegungsregeln
  - 2. Besonderheiten der Verkehrsteuern?
  - 3. Verhältnis der Steuergesetze zum bürgerlichen Recht
  - 4. Die Verkehrsteuern und die Erbschaftsteuer im Verhältnis zu anderen Steuergesetzen

- II. Erbschaftsteuer
  - 1. Innere Spannungen des Erbschaftsteuerrechts
  - 2. Schenkung von Beteiligungen
  - 3. Einheitswerte und gemeine Werte
- III. Gesellschaftsteuer
  - 1. Der Zweck der Steuer und ihre Einzelnormen
  - 2. Gesellschafterdarlehen
  - 3. Einbringen eines Betriebs
  - 4. Die doppelstöckige GmbH & Co. KG KG

## **Diskussion**

Leiter der Diskussion:

Bundesrichter am BFH HEISE, München  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. KAPP, Hannover

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt HALLERBACH, Bochum

- I. Gleichmäßigkeit der Besteuerung bei der Erbschaftsteuer
- II. Schenkung einer OHG-Beteiligung durch Umbuchung auf den Kapitalkonten
- III. Anwendung der Befreiungsvorschrift des § 6 Abs. 1 ErbStG auf frühere Erwerbe
- IV. Ermittlung der Unternehmenswerte für die Gesellschaftsteuer nach der Mittelwertmethode
- V. Gesellschaftsteuer bei Beteiligung einer GmbH & Co. KG als Komplementärin an einer anderen Kommanditgesellschaft
- VI. Gesellschaftsteuer bei Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils in eine GmbH & Co. KG
- VII. Gesellschaftsteuer bei Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln durch eine GmbH & Co. KG
- VIII. Schuldbeitritt keine Sicherheitsleistung gem. § 3 Abs. 2 KVStG

## **Zivilrechtliche und steuerrechtliche Fragen der vorweggenommenen Erbfolge**

Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. jur. Reinhard Kapp, Hannover

- 1. Einleitung
- 2. Spannungen im geltenden Erbschaftsteuerrecht
- 3. Beschränkung auf wirtschaftlich vernünftige Maßnahmen
- 4. Einfluss der Unternehmensform auf die Erbschaftsteuer
- 5. Vermögensübertragung auf Kinder gegen Nießbrauch oder Rente
- 6. Berücksichtigung der Interessen der Ehefrau bei Vermögensübertragungen auf Kinder
- 7. Vorweggenommene Erbfolge bei Fehlen von geeigneten Nachfolgern (Liquidation)
- 8. Vorweggenommene Erbfolge in Verbindung mit Erb-, Erbverzichts- und Pflichtteilsverzichtsverträgen
- 9. Schenkungsteuerliche Behandlung der Abfindungen weichender Erben
- 10. Einzelheiten betreffend den Pflichtteilsanspruch
- 11. Widerrufsvorbehalt bei Schenkungen und Schenkungsteuer

## **Ausgewählte Fragen des Umsatzsteuerrechts aus der Praxis unter Berücksichtigung der Rechtsprechung und der bevorstehenden Umsatzsteuer-Novelle**

Rechtsanwalt Dr. Walter Rietz, Köln

- I. Unternehmereigenschaft und Vorsteuerabzug bei Vereinen, Forschungsbetrieben und Einrichtungen der Gemeinschaftswerbung



- II. Leistungsaustausch bei freiwilligen Sachzuwendungen des Arbeitgebers an Arbeitnehmer
- III. Neu vorgesehene Beweislastregelung für nichtsteuerbare Umsätze im Ausland
- IV. Entgeltbegriff — Zuschüsse aus öffentlichen Kassen
- V. Abgrenzungsprobleme bei den ermäßigt besteuerten Leistungen von Ingenieurgesellschaften, insbesondere bei der Entwicklung von Prototypen
- VI. Berichtigung von Rechnungen bei zu hoch oder unberechtigt ausgewiesenen Steuerbeträgen — vorgesehene Änderungen in § 14 Abs. 2 und 3 UStG
- VII. Vorsteuerabzug
  - 1. Zeitpunkt der Geltendmachung des Vorsteuerabzuges
  - 2. Neuregelungen beim Vorsteuerabzug bei Reisekosten
- VIII. Selbstverbrauchsteuer
  - 1. Leasing-Verträge
  - 2. Besteuerung des Selbstverbrauchs bei Wirtschaftsgütern, die zu einem ausländischen Anlagevermögen gehören
  - 3. Selbstverbrauchsteuer bei nicht von Vorsteuer entlasteten Anlagegütern

## Diskussion

Leiter der Diskussion:  
Rechtsanwalt DR. RIETZ

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:  
Rechtsanwalt HALLERBACH, Bochum

- I. Allgemeine Anmerkungen zu den Ausführungen von Rietz
  - 1. Unternehmereigenschaft und Vorsteuerabzug bei Vereinen, Forschungsbetrieben und ähnlichen Einrichtungen
  - 2. Leistungsaustausch bei freiwilligen Sachzuwendungen
  - 3. Glaubhaftmachung nichtsteuerbarer Auslandsumsätze
  - 4. Zuschüsse aus öffentlichen Kassen
  - 5. Härteklausele beim gesonderten Ausweis der Umsatzsteuer in den Fällen des § 14 Abs. 3 UStG 67
  - 6. Vorsteuerabzug als Voraussetzung der Selbstverbrauchsteuer
- II. Diskussion
  - 1. Unternehmereigenschaft einer von zwei Unternehmern gegründeten Vertriebsgesellschaft
  - 2. Unternehmereigenschaft der Körperschaften öffentlichen Rechts, insbesondere der Wasserverbände
  - 3. Bemessung des Entgelts bei Leasinggeschäften
  - 4. Leistungsaustausch bei freiwilligen Sachzuwendungen
  - 5. Umwandlung einer Kommanditgesellschaft in eine GmbH